

"Mit weniger glücklich und zufrieden"

Wohlstand ohne Wachstum

von Till Schwarze

Ist Wachstum wirklich für unser Leben notwendig, wie Kanzlerin Merkel stets betont? Von Bundespräsident Köhler über Frankreichs Präsident Sarkozy bis hin zur EU-Kommission fordern Politiker die Abkehr von der "Wachstumseuphorie". Für ein radikales Umdenken setzt sich auch Bremens Umweltsenator Loske ein: "Wohlstand braucht kein Wachstum."



Auf Wachstum gebaut: Unternehmen und Kapitalismus können nicht ohne.
(Foto: REUTERS)

Deutschland kann ohne Wachstum nicht leben. "Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel [in ihrer Regierungserklärung](#). Deshalb setzt die schwarz-gelbe Bundesregierung, wie jede andere Regierung bislang auch, alle Anstrengungen und Hoffnungen auf einen Anstieg des Wirtschaftswachstums. Denn mehr Wachstum bedeutet mehr Arbeitsplätze bedeutet mehr Wohlstand, lautet der in Stein gemeißelte Glaubenssatz deutscher und internationaler Politik.



Aber der Mensch kann mehr als nur Konsum.
(Foto: ASSOCIATED PRESS)

Doch was ist, wenn sich die Bundesregierung irrt? Wenn Wachstum nicht auf Dauer unseren Wohlstand garantiert und sogar unsere Lebensgrundlage gefährdet?

Es gibt einen ganz einfachen, aber dramatischen Grund, warum das Wachstum Grenzen haben muss: Die Wirtschaft wächst auf Kosten der Natur und die natürlichen Ressourcen sind begrenzt. "Wir nehmen sauberes Wasser, saubere Luft und ein gutes Klima als selbstverständlich hin. Was aber passiert, wenn etwa die Ozeane wegen Übersättigung kein Kohlendioxid mehr binden können oder sogar welches abgeben?", formuliert Reinhard Loske gegenüber n-tv.de das größte Problem. [Der Bremer Umweltsenator](#) beschäftigt sich seit Jahren mit den Grenzen des Wachstums und fordert die Einsetzung einer Enquete-Kommission beim Deutschen Bundestag, um sich dem Problem zu stellen.

Unternehmen können nicht ohne

Und das ist verzwickelt. Einerseits brauchen Unternehmen Wachstum, um überhaupt existieren zu können: Sie leihen sich Geld, um zu investieren, und müssen dieses Geld irgendwann wieder zurückzahlen. Und weil Schulden wachsen, müssen auch die Unternehmen wachsen. Zugleich verspricht mehr Wachstum einer Gesellschaft mehr Wohlstand: Wo mehr erwirtschaftet wird gibt es auch mehr zu verteilen. Auf diesem Prinzip sind etwa auch die Sozialkassen aufgebaut. Deshalb blicken Politik und Wirtschaft wie gebannt auf die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP), dem Indikator für das Wachstum einer Gesellschaft.



Reinhard Loske ist seit 2007 Umwelt- und Bausenator der Hansestadt Bremen. Der Grünen-Politiker arbeitete in den 90er Jahren am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.

Andererseits setzen nicht nur der Klimawandel und die begrenzten Ressourcen unseres Planeten dem Wachstum Grenzen. "Wenn ein Staat bereits ein hohes materielles Niveau erreicht hat, können die Wachstumsraten gar nicht mehr so hoch sein", sagt Umweltsenator Loske. Er nennt das "gesättigte Volkswirtschaft". Zwar hat sich in den vergangenen dreißig Jahren das BIP in Deutschland insgesamt etwa verdreifacht, doch die Höhe der Wachstumsraten hat abgenommen – die Werte aus den frühen Jahren der Bundesrepublik werden nach Ansicht des Grünen-Politikers nicht mehr erreicht werden. Damit müsse sich die Politik aber auch von dem Glauben verabschieden, durch Wachstum irgendwann wieder Vollbeschäftigung zu erreichen.

"Neue Art von Wachstum"

Loske fordert ein radikales Umdenken, weg von der Gleichung: "Wachstum gleich Wohlstand". Und er ist damit nicht allein. [Ausgerechnet bei der Vereidigung der neuen Bundesregierung, die das Wort "Wachstum" im Titel ihres Koalitionsvertrags trägt, mahnte Bundespräsident Horst Köhler](#): "Es geht auch um mehr als um Wachstum, wie wir es bisher gewohnt waren." Die Gesellschaft müsse "mit weniger Verbrauch glücklich und zufrieden" sein. "Wir werden nach einer neuen Art von Wachstum streben: nach wachsendem Wohlergehen für Mensch und Schöpfung." Schon in seiner [Berliner Rede im März 2009](#) hatte der Bundespräsident die "Wachstumseuphorie" kritisiert und gewarnt: "Wir können uns nicht mehr hauptsächlich auf wirtschaftliches Wachstum als Problemlöser und Friedensstifter in unseren Gesellschaften verlassen." Das klingt nach Revolution, ist bislang aber ohne erkennbare Folgen geblieben.



"Es geht auch um mehr als um Wachstum, wie wir es bisher gewohnt waren.": Köhler bei der Ernennung der neuen Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel, Außenminister Westerwelle und Innenminister de Maizière..

(Foto: ASSOCIATED PRESS)

Loske betont, dass es nicht darum gehe, für oder gegen Wachstum zu sein. Bestimmte Bereiche, wie erneuerbare Energien, grüne Technik, Wissen oder Gesundheit müssten auch weiterhin wachsen. Aber um die Überlebensfähigkeit des Planeten und damit der Menschen zu sichern, müssten andere Bereiche ihr Wachstum beschränken oder sogar eine Schrumpfung hinnehmen. Und das sei nur möglich, wenn eine Gesellschaft auch ohne Wachstum ihren Wohlstand halten könne.

Loslösung vom BIP

In der Debatte um Wachstumsgrenzen geht es vor allem um eine Loslösung vom BIP als alleinigem Wohlstandsmesser. "Durch die Fixierung von Politik und Wirtschaft auf das BIP als Wohlstandsgröße geraten viele andere wichtige Dinge aus dem Blick", sagt Loske. Zum Beispiel alle Gratisleistungen der Natur wie ein stabiles Klima, sauberes Wasser, produktive Böden, gute Luft und biologische Vielfalt fielen heraus, aber auch die Zufriedenheit einer Gesellschaft. Das Bruttoinlandsprodukt kann nicht die Qualität des sozialen System oder des Naturkapitals messen", sagt Loske. Deshalb sei das BIP als Indikator für Wachstum und Wohlstand unzureichend.



Die Zeit läuft ab: Die natürlichen Ressourcen der Erde sind bedroht.
(Foto: ASSOCIATED PRESS)

Weltweit arbeiten Wissenschaftler seit Jahrzehnten an der Entwicklung alternativer Indikatoren, spätestens seit der Club of Rome 1972 seine Studie über die "Grenzen des Wachstums" veröffentlicht hat. Ziel der Wissenschaftler ist es, nicht nur den Nutzen der Wirtschaft für eine Gesellschaft zu erfassen, sondern auch deren Kosten. Herausgekommen sind bislang zwei vielversprechende Ansätze: Zum ersten [der Human Development Index \(HDI\) der Vereinten Nationen](#), der seit 1990 jährlich im Bericht des UN-Entwicklungsprogramms UNDP veröffentlicht wird. Er umfasst neben der Wirtschaftsleistung eines Landes auch die Lebenserwartung, den Bildungsgrad und die Einschulungsquote. Ökologische Faktoren berücksichtigt er aber nicht.

Der zweite alternative Index, [der Genuine Progress Indicator \(GPI, "Echter Fortschrittsfaktor"\)](#), wurde von Ökonomen entwickelt und ist aus dem Index of Sustainable Economic Welfare ("Index für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand) hervorgegangen. Ziel des GPI ist es zu messen, ob wirtschaftliches Wachstum tatsächlich zu steigendem Wohlstand führt. Gegen die erbrachte Wirtschaftsleistung werden dabei Kosten wie Ressourcenabbau, Umweltverschmutzung oder Verbrechen mitberechnet. Deutschland hat neben einigen anderen Ländern seinen Wohlstand nach dem GPI berechnen lassen – und musste dabei einen Wohlstandsrückgang verzeichnen.

EU ändert ihre Strategie

Dass es dabei um mehr geht als Spinnereien und Theorien zeigen nicht nur die Einlassungen des deutschen Bundespräsidenten, der ausgebildeter Ökonom ist und vormals Sparkassenpräsident und Präsident des Internationalen Währungsfonds IWF war. Auch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hatte kürzlich ähnlich argumentiert, nachdem eine "Kommission zur Bemessung von wirtschaftlicher Leistungskraft und sozialem Fortschritt" ihren Bericht vorgelegt hatte. Sarkozy schlug vor, die Zufriedenheit einer Gesellschaft in der Wohlstandsberechnung zu berücksichtigen. Und auch die [EU-Kommission fordert in ihrer neuen "Strategie 2020" ein "intelligenteres, ökologischeres und sozialeres Wirtschaftswachstum" in Europa](#). Kommissionspräsident José Manuel Barroso setzt auf Wertschöpfung durch Wissen, mehr Flexibilität von Arbeitnehmern und die Schaffung einer wettbewerbsfähigeren und ökologischeren Wirtschaft.



(Foto: ASSOCIATED PRESS)

Für Loske ist die Abkehr vom BIP eine wichtige politische Aufgabe, die in Deutschland von einer Enquete-Kommission übernommen werden könnte. Dabei gehe es auch um die Balance zwischen gesellschaftlichen Funktionen und der Wirtschaft: "Wie schaffen wir eine vitale, gesunde Gesellschaft und Wirtschaft ohne Wachstumsdruck?", drückt Loske die Leitfragen für eine solche Kommission aus.

Ende der Kapitalgesellschaften?

Besonders die Frage nach einer Wirtschaft ohne Wachstumsdruck dürfte erhebliche Probleme bereiten. Allerdings gibt es auch renommierte Ökonomen wie den Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Hans Christoph Binswanger, die Auswege aus dem Dilemma zeigen, dass Kapitalismus ohne Wachstum nicht bestehen kann. "Wachstum kann man nicht auf null senken. Man braucht Gewinne, sonst investiert niemand mehr", hat Binswanger in einem [Interview mit der taz](#) betont. Der Doktorvater von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann hat in seinem Buch "Die Wachstumsspirale" zugleich gezeigt, dass ein moderates Wachstum von etwa 1,8 Prozent ausreichen würde – und selbst das ließe sich noch weiter absenken.

Zugleich möchte Binswanger den permanenten Wachstumsdruck der Unternehmen senken, indem Kapitalgesellschaften in Stiftungsgesellschaften umgewandelt werden. Das würde keine Verstaatlichung bedeuten – die Unternehmen wären immer noch privat geführt. Aber im Gegensatz zu Aktiengesellschaften unterliegen Stiftungen keinem großen Renditedruck, sie müssen nicht im gleichen Ausmaß wachsen.

Andere Arbeitsorganisation

Auch Loske ist ein Anhänger der Umwandlung von Kapital- in Stiftungsgesellschaften. Für ihn spielen noch zwei weitere Fragen eine wichtige Rolle: Die Arbeitsorganisation und die sozialen Sicherungssysteme. Bei der Arbeitsorganisation geht es Loske vor allem darum, den Produktivitätsdruck umzulenken und etwa die Wochenarbeitszeit abzusenken. Dieser Gedanke ist eng verknüpft mit der Reform der sozialen Sicherungssysteme: Loske ist ein Anhänger des Bürgergelds. Ein solches soziales Grundeinkommen würde das Problem lösen, mehr Wachstum für mehr Arbeitsplätze zu benötigen, weil mit dem Modell Verkürzungen der Arbeitszeit oder ehrenamtliche Jobs möglich werden.

"Es ist ein Irrglaube zu meinen, dass es ohne Wachstum keine freie Marktwirtschaft mehr geben könne", betont Loske. Er bezeichnet sich selbst als Ordnungspolitiker, der den Leuten nicht vorschreiben will wie sie leben, sondern dafür nur den Rahmen vorgeben möchte. Auch wenn seine Ziele derzeit ziemlich unrealistisch klingen mögen, glaubt der Bremer Umweltsenator an die Möglichkeit der Veränderung: "Der Kapitalismus ist ein wandlungsfähiges System, dass sich neuen Realitäten stellen muss und kann".